

# Belgrad: Machtzentren gestürmt

Feuer in Parlamentsgebäude und Fernsehzentrale - Kostunica ruft zu friedlichem Machtwechsel auf

**BELGRAD:** Der Machtkampf zwischen der jugoslawischen Opposition und Staatschef Slobodan Milosevic hat sich dramatisch zugespitzt. Hunderttausende Anhänger des Oppositionskandidaten Vojislav Kostunica überschwemmten die Belgrader Innenstadt und forderten die Anerkennung seines Wahlsiegs und den Rücktritt Milosevics.

Sie stürmten und besetzten das Parlamentsgebäude und die Zentrale des Staatsfernsehens, wobei in beiden Gebäuden Feuer ausbrach. Augenzeugen berichteten von Dutzenden Verletzten und möglicherweise einem Toten. Viele Polizisten flohen oder verbrüderten sich mit den Demonstranten. Die Situation drohte ausser Kontrolle zu geraten.

Vor Zehntausenden jubelnden Anhängern rief Kostunica am Abend Militär und Polizei zu einem friedlichen Macht-

wechsel in Belgrad auf. Jugoslawien sei jetzt wieder ein Teil von Europa und auf dem Weg zu einer Demokratie, in der für Milosevic kein Platz sei, sagte Kostunica: «Es gibt niemanden mehr, der noch zu ihm (Milosevic) hält. Heute schreiben wir Geschichte.» Er rief den Westen zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Belgrad auf. Rufem aus der Menge, die eine Verhaftung Milosevics verlangten, antwortete Kostunica: «Er (Milosevic) braucht nicht verhaftet zu werden. Er hat sich selbst schon vor langer Zeit verhaftet.»

Nach einem Bericht des Rundfunksenders B-92 wollte Kostunica das Parlament noch für die Nacht zu seiner konstituierenden Sitzung einberufen. Zunächst gab es jedoch keine Anzeichen für ein Zusammenkommen der Abgeordneten

## Aufenthaltsort Milosevics unbekannt

Milosevics Aufenthaltsort blieb auch am Abend unbekannt. In der Nähe seiner Residenz im Viertel Dedinje war



Die Opposition in Jugoslawien lief zum grossen Machtkampf auf: Das Parlament wurde gestürmt, Feuer gab es auch in der Fernsehzentrale. (Bilder: Keystone)

keine sichtbare Präsenz von Sicherheitskräften festzustellen. Es gab auch keine Anzeichen dafür, dass sich Milosevic oder Mitglieder seiner Familie dort aufhielten. In Washington erklärte Pentagonsprecher Kenneth Bacon, nach Informationen der US-Regierung halte sich Milosevic noch in Belgrad auf.

Reaktionen Milosevics auf die Erstürmung des Parlaments durch seine Gegner lagen nicht vor. Seine Sozialistische Partei drohte der Opposition allerdings mit Gegenwehr. Die Einheiten der Armee blieben bis zum späten Abend in ihren Kasernen. Es war unklar, ob das Militär weiter auf Seiten des Staatschefs steht.

Hunderte von Demonstranten hatten kurz nach Ablauf eines Ultimatums an Milosevic um 15 Uhr das Parlamentsgebäude gestürmt und besetzt. Möbel und Porträts von Milosevic und anderen Politikern wurden aus den Fenstern oder vom Balkon geworfen. Aus dem Gebäude drang schwarzer Rauch. Die Polizei, die zuerst versuchte, die Demonstranten mit Tränengas und Blendgranaten abzuwehren, war machtlos. Tausen-

de von Demonstranten zogen anschliessend vor die Zentrale des Staatsfernsehens und besetzte auch dieses Gebäude. Eine von Demonstranten gelenkte Planierdraht riss das Portal nieder und überrollte dabei nach Angaben von Zeugen einen Demonstranten. Auch aus diesem Gebäude schlugen nach kurzer Zeit Flammen.

Die Welle der Gewalt griff auch auf mehrere Polizeiwachen über, von denen mindestens zwei besetzt wurden. Einige Polizisten zogen ihre Uniformen aus und flüchteten in Panik, während andere die Demonstranten umarmten und sich ihnen anschlossen. Bereits am Vormittag hatten die Demonstranten zum ersten Mal versucht, das Parlament zu erstürmen, wurden aber von den Polizisten zurückgedrängt.

«Volksrevolution»  
Das regimetreue Staatsfernsehen berichtete, auf den Strassen herrsche «der Terror». Später stellten sämtliche staatlichen Sender in Belgrad das Programm ein. Noch am späten Abend zogen Tausende von Demonstranten durch die Belgrader Innenstadt. Vierorts wurden die Fensterscheiben von Geschäften zertrümmert. Das Büro der neokommunistischen Partei Jugoslawische Linke (JUL) von Milosevics Ehefrau Mirjana Markovic lag in Trümmern. An der Wand war ein Graffiti gesprüht: «Volksrevolution».

Am Abend ging auch die amtliche jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug auf Distanz zu Milosevic.

## Polizei schreit nicht ein

**BELGRAD:** Vertreter der Opposition sind mit dem Chef der Belgrader Polizei, Branko Djuric, zusammengekommen. Sie erhielten nach eigenen Angaben Garantien, dass keine Einheiten der Polizei gegen die Demonstranten vorgehen würden, die noch durch die Strassen der Hauptstadt ziehen. Lediglich, wenn es zu Plünderungen komme, wollten die Ordnungskräfte einschreiten, sagten die Oppositionspolitiker Goran Svilanovic und Momcilo Perisic.



Das Parlament wurde gestürmt. Derweilen ist der Aufenthaltsort von Machthaber Milosevic weiterhin unbekannt.

## NACHRICHTEN

### USA schliessen Botschaften im Nahen Osten

**WASHINGTON:** Die USA haben als Vorsichtsmassnahme die vorübergehende Schliessung ihrer Botschaften und Konsulate im Nahen Osten verfügt. Die Anordnung gilt vorerst bis zum 9. Oktober, wie das Aussenministerium in Washington mitteilte. Es handle sich um eine Schutzmassnahme gegen anti-amerikanische Demonstrationen oder Terrorattacken im Gefolge des Gewaltausbruchs zwischen Israelis und Palästinensern. Vor demselben Hintergrund rief das Ministerium auch US-Amerikaner in aller Welt auf, besonders wachsam zu sein.

### Putin von Indienbesuch zurück

**MOSKAU:** Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Donnerstag von seinem viertägigen Besuch in Indien zurückgekehrt. Wegen dichten Nebels wurde seine Maschine auf den Moskauer Flughafen Scheremetjewo umgeleitet.

### Zehn Tote bei Selbstmordanschlag

**COLOMBO:** Bei einem weiteren Selbstmordanschlag mutmasslicher Tamilen-Rebellen im Wahlkampf in Sri Lanka sind Donnerstagabend zehn Menschen getötet und über 50 weitere schwer verletzt worden. Als Polizisten eine verdächtige Frau kontrollieren wollten, die sich der Wahlkampfbühne in Medawachchiya im Norden des Landes näherte, zündete sie den Sprengsatz an ihrem Körper, wie die Polizei mitteilte. Am Montag waren bei einem ähnlichen Attentat 24 Menschen ums Leben gekommen. Die «Befreiungstiger von Tamil Eelam» (LTTE) lehnen die Parlamentswahl am 10. Oktober ab.

### Sellafield-Betreiber muss Strafe zahlen

**LONDON:** Wegen Sicherheitsverstössen sind die Betreiber der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield am Donnerstag zu einer Geldstrafe von 60 000 Franken verurteilt worden. Das Unternehmen British Nuclear Fuels (BNFL) muss auch die Kosten für das von den Aufsichtsbehörden angestrebte Verfahren von fast 12 650 Franken zahlen.

### Erste Hinweise nach Anschlag in Buchenwald

**WEIMAR:** Nach der Schändung der Gedenkstätte Buchenwald hat die Polizei erste Hinweise auf einen 35 bis 45 Jahre alten Mann, der möglicherweise Angaben zum Geschehen in der Nacht zum Tag der deutschen Einheit machen könnte. Wie die Sonderkommission der Kriminalpolizei Jena mitteilte, war der Mann am Dienstag nach der Tat zwischen sieben und acht Uhr an der Zufahrt zur Gedenkstätte in einem hellen Golf gesehen worden.

## Waffenruhe in Autonomiegebiet

Trotzdem zwei Tote im Gazastreifen

**JERUSALEM:** Kurz nach den gescheiterten Verhandlungen in Paris ist am Donnerstag in den Palästinensergebieten eine Waffenruhe grösstenteils umgesetzt worden. In Scharm el Scheich wurden die Bemühungen, eine weitere Eskalation zu verhindern, fortgesetzt.

Sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland blieb es nach Schilderungen von Augenzeugen weitgehend ruhig. Beide Seiten zeigten sich nach den Unruhen der vergangenen Tage sichtlich bemüht, die zwischen Palästinenserpräsident Jassir Arafat und dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak unter Vermittlung von US-Aussenministerin Madeleine Albright getroffenen mündlichen Vereinbarungen umzusetzen.

Schon am Morgen zogen die Israelis Panzer und andere schwere Waffen aus den Konfliktzonen zurück. Sie sagten

auch zu, die Präsenz der Armee an den Unruheherden zu verringern und weder Kampfhelikopter noch Panzerabwehrraketen gegen Demonstranten einzusetzen.

Am späten Nachmittag kam es an der Kreuzung bei Nezarim im Norden des Gazastreifens allerdings zu einem schweren Zwischenfall. Israelische Soldaten erschossen zwei Palästinenser, die versucht hatten, auf das Dach des Armee-Stützpunktes zu steigen. Während des Tages hatte die palästinensische Polizei in Nezarim für Ordnung gesorgt und jugendliche Demonstranten «eingesammelt», die dort Steine auf die Israelis geworfen hatten.

### Barak nicht in Scharm el Scheich

Arafat hatte sich am frühen Donnerstagmorgen nach stundenlangen Vermittlungsversuchen durch US-Aussenministerin Madeleine Albright und Frankreichs Präsident Jacques

Chirac in Paris geweigert, ein Dokument über die getroffenen Vereinbarungen zu unterschreiben. Als Grund nannte er die Weigerung von Barak, einer internationalen Untersuchung über den Hintergrund der Unruhen zuzustimmen.

Barak kehrte daraufhin nach Israel zurück, während Arafat und Albright nach Scharm el Scheich auf dem Sinai flogen, wo sie mit Ägyptens Präsidenten Husni Mubarak zusammentrafen.

Mubarak verlangte nach den ersten Gesprächen einen «dringenden» arabischen Gipfel «noch vor Ende Oktober», wie der ägyptische Informationsminister Safuat el-Scherif mitteilte. US-Aussenministerin Albright sagte in dem ägyptischen Badeort, Arafat und Barak seien gewillt, die Ruhe wieder herzustellen. «Jetzt ist es aber wichtig zu sehen, was in den Gebieten konkret geschieht», fügte Albright hinzu.

## Schreiber-Prozess

Prozess gegen Schreiber im Frühjahr

**AUGSBURG:** Im Spenden-skandal der deutschen Christdemokraten beginnt im April 2001 der Prozess gegen den Waffen-Lobbyisten Karlheinz Schreiber und zwei Ex-Thyssen-Manager. Es geht um angebliche Schmiergeld-Zahlungen bei einem Panzer-Exportprojekt.

Das Verfahren findet vor dem Landgericht Augsburg statt. Der Vorsitzende Richter Maximilian Hofmeister sagte am Donnerstag, die Hauptverhandlung werde ein bis zwei Wochen nach Ostern beginnen.

Das Verfahren werde voraussichtlich mindestens ein halbes Jahr dauern. Die Dauer hänge stark davon ab, ob Schreiber von seinem derzeitigen Aufenthaltsland Kanada ausgeliefert werde. Der Lobbyist wehrt sich gegen seine Überstellung an Deutschland.

Neben Schreiber müssen sich die ehemaligen Thyssen-Mana-

ger Winfried Haastert und Jürgen Massmann in Augsburg verantworten. Hintergrund sind angebliche Schmiergeld-Zahlungen bei der Lieferung von 36 Panzern aus Bundeswehr-Beständen 1992 an Saudi-Arabien.

Der ehemalige CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep wird hingegen nicht mit auf der Anklagebank sitzen. Hofmeister sagte, da die Vorwürfe der Steuer-Hinterziehung gegen Kiep nichts mit der Rüstungslieferung zu tun hätten, sei eine Verfahrens-Abtrennung sinnvoll.

Die Staatsanwaltschaft hatte Kiep in der Anklage vorgeworfen, durch die Annahme einer Millionenspende Schreibers in der Schweiz habe er sich der Beihilfe zur Steuer-Hinterziehung schuldig gemacht. Diesem Vorwurf hatte das Gericht nicht zugestimmt. Eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen diese Entscheidung wurde abgewiesen.